

\* (Polizeiliche Entfernung ausländischer Geschäftsschilder.)  
Die Aktion gegen die ausländischen Geschäftsschilder hat nun zu einer Zuschrift des Magistrats an sämtliche Genossenschaften, den Gewerbe-Genossenschaftsverband und den Deutschösterreichischen Gewerbebund geführt. „Trotzdem seit Ausbruch des Krieges nunmehr nahezu zehn Monate verflossen sind,“ heißt es in der Kundgebung, „findet man in Wien noch immer in nicht gerade vereinzelt Fällen Geschäftsschilder mit Aufschriften, die auf Einrichtungen des feindlichen Auslandes Bezug nehmen oder in den Sprachen der feindlichen Nationen abgefaßt sind. Das Vorhandensein dieser Aufschriften hat nicht bloß wiederholt zu kritischen Erörterungen in der Tagespresse Anlaß gegeben, sondern führte auch in einigen Fällen infolge des hiedurch gegebenen öffentlichen Ärgernisses zu Straßendemonstrationen. Zur endgiltigen Abstellung dieser Uebelstände hat sich nunmehr die Polizeidirektion veranlaßt gesehen, die Kommissariate anzuweisen, im Interesse der Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung auf die Beseitigung derartiger Aufschriften hinzuwirken und gegebenenfalls mit einem Verbot vorzugehen. Da die Nichtbefolgung solcher Verbote auch die Verhängung von Strafen im Gefolge haben würde, werden hievon sämtliche Wiener Gewerbe-Genossenschaften mit der Einladung in Kenntnis gesetzt, ihre in Betracht kommenden Mitglieder aufmerksam zu machen, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse die Belassung derartiger Aufschriften untunlich erscheint, wobei ihnen auch die bei Nichtbefolgung zu gewärtigenden Folgen vorgehalten werden wollen.“